

## Pressemitteilung

### Umfrage zu „Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Stabilität des Finanzsektors“

## Deutsche Finanzbranche befürwortet kompletten Ausschluss aller Banken aus SWIFT – Risiken des Ukraine-Kriegs für deutschen Bankensektor überschaubar

FRANKFURT, 12.Mai 2022

### Hintergrund:

Seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs wurden verschiedene Sanktionspakete verabschiedet, die auch den Finanzsektor einbeziehen. Diese betreffen u.a. den Zugang russischer Banken zum internationalen Zahlungsinformationssystem SWIFT, das Einfrieren von Währungsreserven der russischen Zentralbank sowie ausgewählter Personen und Unternehmen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die bis dato getroffenen – den Finanzsektor betreffenden – Sanktionen ausreichen und welche Auswirkungen auf den europäischen Bankensektor und die globale Finanzstabilität zu erwarten sind.

### Umfrageergebnisse:

Bei einer vom Center for Financial Studies (CFS) durchgeführten Umfrage unter Fach- und Führungskräften halten 62% der Befragten die bisherigen Sanktionen gegen den russischen Finanzsektor für wirkungsvoll. Dennoch sprechen sich fast 60% der Befragten für einen vollständigen Ausschluss aller russischer Banken aus SWIFT aus. Nur ca. 25% der Umfrageteilnehmer sind dagegen. Die Belastungen der Ukraine-Krise für den deutschen Bankensektor werden von der ganz überwiegenden Mehrheit als „nicht hoch“ und somit beherrschbar eingeschätzt. Nur 13,5% der Befragten befürchten eine hohe Belastung für deutsche Banken. „Der deutsche Finanzsektor unterstützt offenbar eine konsequente Abkopplung russischer Banken von den internationalen Finanzmärkten“, erläutert Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies.

Weniger eindeutig ist das Meinungsbild in der Finanzindustrie bei der Frage nach möglichen Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die globale Finanzstabilität. 54% der Umfrageteilnehmer glauben nicht, dass der Krieg die globale Finanzstabilität gefährden könnte, 44% teilen diese Einschätzung nicht. „Die bisherigen Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten haben vor allem die Volatilität der Märkte erhöht. Starke, dauerhafte Einbrüche bei den wichtigen Indizes sind bisher ausgeblieben“, sagt Finanzprofessor Brühl.

## Pressemitteilung

Seit Beginn des Krieges wird auch die Frage diskutiert, ob die EZB angesichts der hohen Inflationsraten trotz der Ukraine-Krise und der damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken eine Zinswende einleiten sollte. Hier ist die Meinung eindeutig. Der deutsche Finanzsektor fordert die Einleitung einer zeitnahen Zinswende (88% der Teilnehmer) trotz des Krieges. Nur 8% der Befragten sehen dies anders.

„Der Markt erwartet, dass die Europäische Zentralbank bereits im Juli die Zinsen erhöhen wird. Die Andeutungen von EZB-Ratsmitgliedern werden zunehmend deutlicher. Es reiche nicht mehr zu reden, man müsse handeln, sagte z.B. EZB-Direktorin Isabel Schnabel in der ersten Maiwoche dem Handelsblatt. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass sich der deutsche Finanzsektor, bzw. 88 Prozent der hier Befragten, dieser Aussage anschließt“, erläutert Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Die Ukraine-Krise könnte perspektivisch auch Auswirkungen auf die Rolle des US-Dollar als Reservewährung (derzeit ca. 59% der weltweiten Devisenreserven) haben. Bei dieser Frage zeigt sich ein geteiltes Meinungsbild. 41% der Befragten gehen davon aus, dass die Bedeutung des US-Dollar als Reservewährung durch den Krieg weiter zunehmen wird. Etwa 43% erwarten keine Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Bedeutung des US-Dollar als Reservewährung.

„Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Befragten unverändert Vertrauen in den Dollar als Reservewährung haben. Mit einem Blick in die Vergangenheit ist dies auch gerechtfertigt: Der Dollar überstand bislang noch jede Herausforderung“, erläutert Hubertus Väth.

## Pressemitteilung

---

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.

**Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.**

**Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

Professor Dr. Volker Brühl  
069/798 30050  
[volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de](mailto:volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de)